

Correspondent.

Bezugpreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf.
Bei Abholung von unsern Ausgabestellen: bei Postabnahme des Hefts durch unsere Verkäufer in
der Stadt und auf dem Lande außerdem Postgebühr; durch die Post 1,20 Mk. außer 42 Pf.
Postgebühr. — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal nur an den Werktagen nachmittags.
— Abdruck unserer Originalmeldungen ist nur mit besterlicher Genehmigung gestattet.
— Für Rücksende unempfangener Zusendungen übernehmen wir keine Verantwortlichkeit.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
5seitig. Illust. Unterhaltungsblatt
m. neuest. Romanen und Novellen.
4seit. landwirtsch. u. Handelsbeil.
mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die erste Zeile für die Dauer von 10 Tagen 20 Pf., anderwärts pro Zeile
20 Pf., im Restmonat 30 Pf. Bei langjährigem Bestehen besonderer Vergünstigung.
Gebühr für Einzelbeilagen nach Vereinbarung. Für Nachweisungen und Offertenannahme
besondere Berechnung, nach Vereinbarung mit dem Verleger. Erfüllungsort: Merseburg.
Für den Druck der Anzeigen ist der Verleger verantwortlich. —
Anzeigen bis spätestens 8 Uhr. Familienanzeigen bis 10 Uhr vormittags.

Nr. 245.

Dienstag den 19. Oktober 1909.

36. Jahrg.

Mitläufer und Drückeberger.

Die Zertrümmerung des nationalen Blochs und die Annahme der schwarzblauen Finanzreform beginnen bereits ihre Wirkungen zu zeigen. Die jüngst stattgehabten Nachwahlen zum Reichstag weisen eine bemerkenswerte Steigerung der sozialdemokratischen Stimmen auf. Besonders auffallend ist das in Koburg, wo der Genosse beinahe im ersten Wahlgange die Mehrheit erlangt hätte. Von solchen Zufällen kann hier nicht die Rede sein, da die Geselligkeit der beiden gegnerischen Kandidaten in denselben Verhältnissen kleiner geworden ist. Es läßt sich die Erscheinung lediglich aus der Veränderung erklären, welche weite Volkskreise durch die Einführung der neuen Steuern erfaßt hat. Weil denn nun einmal eine gemeinsame populäre Politik der bürgerlichen Parteien nicht denkbar ist, so schwenkt die mißvergnügte Menge stracks in das Lager der Staats- und Gesellschaftsfeinde hinüber. Die Konservativen tragen die Schuld daran, die Nationalliberalen und Freisinnigen aber haben in gleicher Weise darunter zu leiden. Wären die erstgenannten direkt bei der Koburger Wahl beteiligt, so würde der Ausfall allerdings wohl ein noch viel schlimmerer gewesen sein. Man darf das aus der Tatsache schließen, daß selbst zahlreiche dortige Landwirte ihr Votum für den Sozialdemokraten Biehl abgaben. Und das geschah, trotzdem der Nationalliberaler Quart agrarischen Neigungen genügend verdächtig ist. Wie soll sich die Abstimmung erst gestalten, wenn ein Mitglied der heutigen parlamentarischen Majorität den großen Steuern gegen aus gewöhnlichen Kreisen präferiert wird?

Kein Mensch glaubt natürlich, daß die neuen Wähler des Genossen Biehl gleich richtige Sozialdemokraten geworden seien. Sie sind weiter nichts als Mitläufer, deren Entschluß keiner ruhigen Erwägung, sondern einem zornigen Affekt entsprang. Verlassen kann man sich auf solche Leute nie, weil sie weder Urteilsfähigkeit noch Überzeugungstreue besitzen und das nötige politische Pflichtgefühl ihnen fast ganz abgeht. Für sie sollte es eigentlich keine Veranlassung mit allgemeinem Wahlrecht gehen, denn sie verwirren nur die Situation, anstatt sie zu klären. Wir lernen ihre Art auch anderswo kennen, nicht bloß in Gebieten mit stark sozialistischer Bevölkerung. Sehen wir sie nicht auf dem Lande den hochmögenden Grundbesitzern und in den Beamtenkreisen den an der Spitze der Behörden stehenden einflussreichen Persönlichkeiten nachlaufen? Wer eine feste Ansicht gewonnen hat, mag sie konsequent vertreten, sie sei nun konservativ oder liberal, ultramontan oder sozialdemokratisch. Aber zu einer Windblume soll sich keiner herabwürdigen, und wer einer ärgerlichen Laune gehorcht, handelt unmännlich. Ist es nicht mehr als töricht, ist es nicht geradezu verbrecherisch, die eigene Partei hüben zu lassen, was auf die Rechnung der andern kommt?

An 3000 Wähler haben in Koburg ihrer reichsbürgerlichen Pflicht nicht genügt. Sozialdemokraten waren das sicherlich nicht, es werden zum allergrößten Teil Liberale gewesen sein. Wären sie an der Urne erschienen, so hätten sie das Ergebnis wesentlich umgestaltet, das zeigt das einfache Rechenexempel. Warum kamen sie nicht? Aus Unmut und Grimm über das Trägheit und Gleichgültigkeit? Im kritischen Falle gilt für sie das, was wir den Mitläufer ins Stammbuch schreiben, im letzteren Falle verdienen sie vielleicht noch eine härtere Strafbewehrung. Wie lange hat unser Volk ringen müssen, ehe es das Recht erhielt, seine Geschicke mitbestimmen zu dürfen? Und nun bleiben am Tage der Entscheidung ganze Scharen daheim und überlassen es ihren ausgesprochenen Gegnern, für die Vertretung im Parlament zu sorgen. Das ist nicht bloß im gewöhnlichen Sinne unverschämlich, das sollte von Gesetzes wegen der empfindlichsten Sühne unterliegen. Fast möchte man verjücht sein, auf diese Menschen das Wort der Schrift anzuwenden: O daß du kalt oder warm wärest! Weil du aber laubst, muß ich dich auspeinen aus meinem Munde.

Weiter finden sich die Drückeberger überall, nicht

nur in Koburg. Bei Gelegenheit unserer letzten Landtagswahlen besaßen sie sogar die überwiegende Mehrheit. Allerdings konnte man da manches Wort der Entschuldigung für sie haben, zu rechtfertigen waren sie indes immerhin nicht. Es gehört zwar unter gewissen Umständen Mannesmut dazu, seine Stimme offen abzugeben, aber Mannesmut sollte doch nicht gerade eine Seltenheit sein. Ist es denn wirklich etwas so sehr Schlimmes, seine christliche Meinung vor der Welt zu bekennen, selbst wenn sie dem einen oder dem anderen vornehmen Gönner nicht gefällt? Früher sprach man von Bürgerstolz vor Königsthronen, jetzt scheint man nicht einmal mehr viel von mäßiger Selbstachtung zu wissen. Ehe das sich nicht wieder ändert, werden sich auch die Vorgänge von Koburg noch oftmals erneuern. So viel aber ist sicher, eine schäblichere Praxis als die der Firma Mitläufer und Drückeberger läßt sich nicht denken.

Von dem Inkrafttreten der neuen Reichsteuern

hat sich die Regierung durchweg überlassen lassen. Obwohl sie natürlich ganz genau wußte, zu welchem Termin die neuen Steuern in Kraft treten, hat sie doch fast in keinem Falle Vorkehrungen dafür getroffen, daß der Bevölkerung und den beteiligten Steuerpflichtigen der Übergang in die neuen Verhältnisse ohne Schwierigkeiten und Verzögerungen ermöglicht wurde. In früherer Erinnerung ist noch, daß bei dem Inkrafttreten des Schenksteuergesetzes nicht einmal dafür gesorgt war, daß die neuen Steuerpflichtigen rechtzeitig zu hören waren. Über eine weitere Nachlässigkeit bei der Ausführung des Stempelsteuergesetzes trägt ein Fideikommissbesitzer in der „Kreuztg.“. Er schreibt:

Die Steuer war nach dem Gesetz am 1. Oktober fällig, mich hätte jeder Pflichtige vor dem 1. Oktober eine Verständigung über die Höhe der von ihm zu leistenden Abgabe erhalten müssen. Dagegen dürfte in Wirklichkeit noch jetzt, Mitte Oktober, kein einziger Pflichtiger den Steuerbescheid erhalten haben. Ganz abgesehen davon, daß dies eine Verletzung des Gesetzes ist, bedeutet es auch eine Schädigung der Reichskasse, der die Zinsen der zu zahlenden Summen entgehen. Es ist aber auch eine nachteilige Schädigung der Pflichtigen, denn Summen von so großen Beträgen kann niemand in wenigen Tagen unvorbereitet zahlen, vielmehr wird mancher schon jetzt kostspielige Vorbereitungen getroffen haben, um der gesetzlichen Verpflichtung nachzukommen. Ehe man aber die Höhe der Summe weiß, ist jede freie Bewegung unmöglich. Man wird einwenden, die Behörden seien mit der Durchführung der Reichsfinanzreform so überlastet, daß ein Innehalten der Termine unmöglich gewesen wäre. Demgegenüber ist zu bemerken, daß die Festsetzung dieser Abgabe durch Erlaß des Finanzministeriums den Erbchaftssteuerämtern übertragen ist, welche durch die Finanzreform keineswegs überlastet sein dürften. Auf jeden Fall hätte aber Vorbesorge getroffen werden müssen, daß eine Schädigung der Reichskasse wie der Pflichtigen unterbliebe.

Mit dieser Klage hat der Gewährsmann der „Kreuztg.“ gewiß vollständig Recht, und es wird zu unterzügen sein, weshalb die Regierung in diesen wie in anderen Fällen unter Außerachtlassung der gesetzlichen Bestimmungen so sehr nachhinkt. Die Besorgnis der oberen, für die Ausführung der Gesetze verantwortlichen Beamten, nur ja nicht ihren Commenculaß zu verlieren, kann doch wohl nicht als hinreichender Grund anerkannt werden.

Im übrigen aber ist es vollständig unrichtig, wenn der Einsender in der „Kreuztg.“ behauptet, der Fideikommissbesitzer treffe die Fideikommissbesitzer „viel härter, als es die noch nicht ausgebaute Erbschaftsteuer getan hätte“. Erst vor wenigen Tagen ist in der Korrespondenz des Bauernbundes einwandsfrei nachgewiesen worden, daß die Fideikommissbesitzer bei dem neuen Stempel ein ganz famoses Geschäft gegenüber der Erbschaftsteuer

machen. Es war da nachgewiesen worden, daß ein Fideikommiss im Reinwerte von einer Million bei der Erbschaftsteuer jährlich etwa 1666 Mk. zu entrichten gehabt hätte. Nach dem neuen Reichsstempelgesetz aber brauchen die Fideikommissäre nur alle 30 Jahre eine Abgabe von 1/2 Proz. des Wertes zu entrichten. Das macht bei dem eben erwähnten Beispiel eine Jahresrate von 110 Mk. aus. Auf seiten der Erbschaftsteuer also alle 30 Jahre 50 000 Mk. oder alle Jahre 1666 Mk. — auf seiten des Fideikommissstempels alle 30 Jahre 3333 Mk. oder alle Jahre 110 Mk. Da gehört schon ein großer Grad von Unkenntnis oder — aber wir möchten keinen unparlamentarischen Ausdruck gebrauchen — dazu, um die Behauptung aufzustellen, daß der Fideikommissstempel eine „viel härtere“ Steuer sei als die Erbschaftsteuer.

Auf dem Fortbildungsschul-Lage in Danzig.

der vor kurzem stattfand, ist von Seiten des Oberregierungsrates Dr. v. Seefeld namens des neuen Handelsministers Sydow eine Begrüßungsansprache gehalten worden, die vielleicht doch etwas mehr Interesse verdient, als ihr bisher von der Presse zuteil geworden ist.

Herr v. Seefeld führte aus, Herr Sydow, sein Chef, habe ihn ermächtigt auszusprechen, daß er durchdrungen sei von der hohen Bedeutung der Fortbildungsschule für unser Volksleben und daß er entschlossen sei, in der Förderung der Fortbildungsschulwesen den Bahnen seines Amtsvorgängers zu folgen. Der Redner fuhr dann fort:

Bisher hat die Staatsregierung an dem Ausbau der Fortbildungsschule in harnischigen Einvernehmen mit allen beteiligten Kreisen gearbeitet. Neuerdings hat es den Anschein genommen, als ob dieses gute Einvernehmen gestört werden könnte. Es sind in den letzten Monaten Broschüren erschienen, die ich möchte sagen, von einer erbitterten Feindschaft gegen die Pflichtfortbildungsschule zeugen. Es sind im wesentlichen zwei Gedanken, um die sich die Erörterungen der vier Broschüren drehen. Es ist einmal der Gedanke, daß die Pflichtfortbildungsschule als schädlich für Industrie und Handel befeitigt und durch eine Handwerker-Vorschule ersetzt werden müßte. Zum zweiten ist es der Gedanke, daß die Staatsbehörden es darauf abgesehen hätten, aus der Fortbildungsschule die Praktiker zu verdrängen und die Fortbildungsschule den Volksschullehrern auszuliefern. Die Staatsregierung ist bei der Verwaltung des Fortbildungsschulwesens immer befreit gewesen, berechnete Wünsche und Forderungen von Industrie, Handwerk und Handel zu erfüllen. Hier aber ist sie nicht in der Lage, den ausgesprochenen Wünschen zu folgen. Es handelt sich aber — von allem anderen abgesehen — auch gar nicht um Wünsche, hinter denen die Gesamtheit oder auch nur die Mehrheit von Handel und Handwerk steht, sondern um eine kleine Zahl Mißvergnügter. Was die Fortbildungsschule heute ist, ist sie, wie wir alle wissen, geworden durch das vertrauensvolle Zusammenarbeiten des Staates, der Kommunen und der geordneten Vertretungen für Handel und Gewerbe. Was die Kommunen für die Fortbildungsschulen geleistet haben, das liegt vor aller Augen. Ohne das opferwillige Eintreten der Handelskammern wäre das kaufmännische Fortbildungsschulwesen nicht das, was es heute ist. Aber auch die Vertretungen des Handwerks sind mit einzelnen Ausnahmen, die mir natürlich wohl bekannt sind, der Fortbildungsschule freundlich gesinnt. Vor allem aber sind die Handwerkskammern ohne Ausnahme für die Sache der Fortbildungsschule eingetreten. Die Hoffnung kann ich den Verfassern der Broschüren deshalb nicht machen, daß die Staatsregierung ihnen folgen wird. Die Staatsregierung denkt nicht daran und kann nicht daran denken, das gemeinsame mit den Gemeindeverwaltungen und den besorgenen Vertretungen des Handels, des Handwerks und der Industrie auf-

S.

Ein Butterbrot

mit Aufstrich von **Siegerin**- oder **Mohra**-Margarine
schmeckt delikater, da kein Unterschied gegen Meiereibutter!
In hunderttausenden Familien ständig im Gebrauch.
Erhältlich in allen besseren Geschäften.

M.



Wir bieten in
Lampen

aller Art eine großartige Auswahl.
Die Preise sind enorm billig.
C. F. Ritter,
Halle a. S., Leipzigerstraße 90.
Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Bruchleidende.

Die größte Erleichterung bei vollständiger Sicherheit bietet mein Tag und Nacht tragbares Bruchband „**Etrabequum**“ ohne Feder. Zahlreiche Anerkennungs-schreiben. Leibbinden, Geradenhalter, Gummistricke. Federbruchbänder von 3 Mark an. Bestellungen nach Muster werden entgegengenommen in Halle a. S. Sonnabend den 23. Oktober 9-4 und Sonntag den 24. Oktober 11-2 Hotel Stadt Bernburg, Frankfurt.

L. Bogisch, Stuttgart, Schwabstraße 38 a. Gegr. 1894.

Neue Betten,

8 Tage bei dem Halbesförs-Inbelsfeld im Gebrauch gewesen, Oberbett, Unterbett, Kissen, vier Nachtschoner, 26 Mat. **Stock, Betten-Verein,** Leipzig Gohlis.

Naturheilmittel Nährsalz-Kakao.

R. Selbmann, Gotthardtstr. 23.

Magdeburger Sauer Kohl,

2 Pfd. 15 Pf.

Pflaumenmus

mit Zucker eingekocht a Pfd. 25 Pf.

Räbensaft

ausgewogen und in Büchsen,

Braunschweiger Gemüse- konserven

empfiehlt

Carl Elkner, Markt.

In feinsten Qualität empfiehlt:
1 a. Aufschnitt von 1.20—1.60 Mk.,
prima Mettwurst (Braunsch. Art) 1.10 Mk.
A. Knoche, Fiel Gernitz, Weichenfelder Str. 27
III d. R. S. S.

Apfel und Birnen,

gute Winterware, verkauft preiswert
J. Schäfer, Söhlitz b. Merseburg.

Salat- und Speise-Kartoffeln

empfiehlt
Fr. A. Sommer, Gr. Ritterstr. 1.

Alle vorkommenden Arbeiten für

Holzbebearbeitungs- Mädchenen,

als: Hobeln, Schneiden, Bohren, Feilen und für Wandlätze werden billigst ausgeführt.
Gute beste Holz-Ränderländerländer fortwährend abzugeben.
Reich. Schmidt, Sand 34.

Chemikerinnen

bildet aus. Nach Abfolgerung gute Stelle. Fachschule Dr. Simon Gärtner, Halle a. S., Mühlweg 29.

Germ. Fischhandlung

empfiehlt
Schellfisch, Kabeljau,
Schollen, Hauder.
Ferner:
feinste Kieler Wüdinge,
geräuch. Schellfisch, Flunders,
Lachsheringe, Bratheringe,
Sardinen, Fischkonserven,
Pitronen, Datteln, Feigen.
W. Krämer.

Zurnschuhe Schuhwaren

in größter Auswahl sowie alle Arten

empfiehlt zu billigsten Preisen

Max Wirth, Gotthardtstraße 12.

Kleiderbürsten, Kopfbürsten, Taschenbürsten, Kämme, Spiegel, Haarschmuck.

Grösste Auswahl.

Sehr preiswert.

Wilhelm Köhler,
Gotthardtstr. 5.

Evangelisch-Kirchlicher

Hilfsverein
Kreisverein Merseburg.
Das Jahresfest

unseres Vereins findet am
Sonntag den 24. Oktober d. J.
in Landstedt statt.

Um 8 Uhr Gottesdienst in der Kirche.
Predigt Herr Konsistorialrat Josephson-
Halle.

Um 5 Uhr Nachbesprechung im Bad-
Restaurant. Herr Stadtmittelsinspektor
Farrer von Schwan, Berlin. Großstadt-
not und Stadtmittelsinspektor.

Unsere Mitglieder und Freunde unserer
Seite werden hierzu ergebenst eingeladen



Merseburger Kochschule.

Am 1. November beginnt ein
neuer Kochkursus.
Anmeldungen nimmt entgegen
Frau v. Behr, Seinerstraße 12.

Ausgetümmtes Damenhaar

kauft zu höchsten Preisen
H. Presch, Rohmarkt 2.

Viedertafel.

Dienstag abend 8 1/2 Uhr

Übungsstunde.

Um vollständiges Erscheinen bittet
Der Vorstand.

Zur guten Quelle.

Mal in Gelee, frisch eingekocht.

Preussischer Adler.

Wittwoch Schlachtfest.

Hubolds Restauration.

heute
Schlachtfest

Dienstag
frische hausf. Brot.

Ernst Vogel, Sandstedterstr.

Tüchtige Maurer und Bauarbeiter

werden sofort eingestellt. Zu melden
Brikettfabrik Neubau Nieder-
benna bei Poiler Förstoring
und Brikettfabrik - Neubau
Gewerkschaft „Michel in
Grosskayna beim Poiler
Binzan.

Doering & Lehmann,
Frankleben.

Heute Dienstag und jeden Freitag

fr. hausf. Brote

Böttger, Sand 16.

Wer erzieht jungen Mädchen

Unterricht i. Buchführung u. kaufm. Arbeiten

Gef. Offerten unter L 18 in der Exped.
d. Bl. niederzuliegen

Jüngeren Schneidergesellen

stellt sofort ein

W. Ohlich, Breite Straße 24.

Suche ein Mädchen

sofort oder Neujahr. Reichen Nr. 6.

Suche bei gutem Lohn in sofort ein

zuverl. Dienstmädchen.

Frau Frahnert, R. Ritterstr. 2.

Bis Mitte November wird ein

zuverlässiges fleissiges Mädchen

für alles, nicht unter 20 Jahren, bei gutem
Lohn gesucht.

Frau Dr. Kunith, Lindenstraße 10.

Junges Mädchen als

Aufwartung

geucht. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Suche sofort eine

Aufwachfrau.

Reichskrone.

Für einige Stunden des Tages wird

für sofort eine

Aufwartung

geucht. **St. 1 Fr.**

Mädchen als Aufwartung

täglich von 7-1 Uhr sofort geucht.

Frau Rechtsanwält Rademacher,
Poststraße 14

Goldenes Armband

in der Stadtstraße verloren worden. Abzu-
geben gegen Belohnung i. d. Exped. d. Bl.
Ein Eßig ist am Samstag am
äußeren Postkasten stehen geblieben. Abzu-
holen im Zigarrentaden Carl Gebhardt,
Gr. Striße 2.

Dazu eine Beilage.

Correspondent.

Bezugpreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf.
Bei Abholung von unsern Ausgabestellen: bei Bestellung ins Haus durch unsere Verkäufer in der Stadt und auf dem Lande anderenwo: durch die Post 1.20 Mk. außer 42 Pf. Postgebühr. — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal nur an den Werktagen nachmittags. — Rücksende unserer Originalabgebildungen ist nur mit beifolgender Zuschrift möglich. — Für Rücksende unempfangener Einblendungen übernehmen wir keine Verbindlichkeit.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
seits. Illustr. Unterhaltungsblatt
m. neuen Romanen und Novellen.
4seit. landwirtsch. u. Handelsbeil.
mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die erste Beizeile oder deren Raum für Werbung und ähnliche Anzeigen 10 Pf. für kleinere Anzeigen 20 Pf. anderwärts pro Zeile 20 Pf. im Monatsblatt 30 Pf. Bei komplizierten Gesetzen entsprechende Aufschlag. Gebühr für Einzelbeilagen nach Vereinbarung. Für Nachbeilagen und Efficierenanfragen besondere Berechnung, nach Vereinbarung mit Postzusatz. Geschäftsplatz Merseburg, Hauptstraße für größere Geschäfts-Anzeigen nur am Tage vorher. Kleiner Anzeigen bis höchstens 8 Mrk. Familienanzeigen bis 10 Mrk. vormittags. 200

Nr. 245.

Dienstag den 19. Oktober 1909.

36. Jahrg.

Mitläufer und Drückeberger.

Die Zertrümmerung des nationalen Blods und die Annahme der schwarzblauen Finanzreform beginnen bereits ihre Wirkungen zu zeigen. Die jüngst stattgehabten Nachwahlen zum Reichstag weisen eine bemerkenswerte Steigerung der sozialdemokratischen Stimmen auf. Besonders auffallend ist das in Koburg, wo der Genosse beinahe im ersten Wahlgange die Mehrheit erlangt hat. Von bloßen Zufälligkeiten kann hier nicht die Rede sein, da die Geselligkeit der beiden gegnerischen Kandidaten in denselben Verhältnissen kleiner geworden ist. Es läßt sich die Erscheinung lebendig aus der Veränderung erklären, welche weite Volkskreise durch die Einführung der neuen Steuern erfaßt hat. Weil denn nun einmal eine gemeinsame populäre Politik der bürgerlichen Parteien nicht denkbar ist, so schwenkt die mitgeringere Menge stark in das Lager der Staats- und Gesellschaftsfeinde hinüber. Die Konservativen tragen die Schuld daran, die Nationalliberalen und Freisinnigen aber haben in gleicher Weise darunter zu leiden. Wären die erstgenannten direkt bei der Koburger Wahl beteiligt, so würde der Ausfall allerdings wohl ein noch viel schlimmerer gewesen sein. Man darf das aus der Tatsache schließen, daß selbst zahlreiche dortige Landwirte ihr Votum für den Sozialdemokraten Ziegler abgaben. Und das geschah, trotzdem der Nationalliberale Quard agrarischen Neigungen genügend verdächtig ist. Wie sich die Abstimmung erst gestalten, wenn ein Mitglied der heutigen parlamentarischen Majorität den großen Steuergeßeln aus gewerblichen Kreisen präsentiert wird?

Kein Mensch glaubt natürlich, daß die neuen Wähler des Genossen Ziegler gleich richtige Sozialdemokraten geworden seien. Sie sind weiter nichts als Mitläufer, deren Entschluß keiner ruhigen Erwägung, sondern einem zornigen Affekt entsprang. Verlassen kann man sich auf solche Leute nie, weil sie weder Urteilsfähigkeit noch Vorsehungsgläube besitzen und das nötige politische Pflichtgefühl ihnen fast ganz abgeht. Für sie sollte es eigentlich keine Veranlassung mit allgemeinem Wahlrecht geben, denn sie verwirren nur die Situation, anstatt sie zu klären. Wir lernen ihre Art auch anderswo kennen, nicht bloß in Gebieten mit stark sozialistischer Bevölkerung. Sehen wir sie nicht auf dem Lande den hochmögenden Grundherren und in den Beamtenständen den an der Spitze der Behörden stehenden einflussreichen Persönlichkeiten nachlaufen? Wer eine feste Ansicht gewonnen hat, mag sie konsequent vertreten, sei sie nun konservativ oder liberal, ultramontan oder sozialdemokratisch. Aber zu einer Winddiene soll sich keiner herabwürdigen, und wer einer ärgerlichen Laune gehorcht, handelt unmännlich. Ist es nicht mehr als töricht, ist es nicht geradezu verbrecherisch, die eigene Partei hüften zu lassen, was auf die Rechnung der andern kommt?

An 3000 Wähler haben in Koburg ihrer reichsbürgerlichen Pflicht nicht genügt. Sozialdemokraten waren das sicherlich nicht, es werden zum allergrößten Teil Liberale gewesen sein. Wären sie an der Urne erschienen, so hätten sie das Ergebnis wesentlich umgestaltet, das zeigt das einfache Rechenexempel. Warum kamen sie nicht? Aus Unmut und Grimm oder aus Trägheit und Gleichgültigkeit? Im ersten Falle gilt für sie das, was wir den Mitläufern ins Stammbuch schreiben, im letzteren Falle verdienen sie vielleicht noch eine härtere Strafbüchse. Wie lange hat unser Volk ringen müssen, ehe es das Recht erhielt, seine Geschicke mitzubestimmen zu dürfen? Und nun bleiben am Tage der Entscheidung ganze Scharen dahinter und überlassen es ihren ausgeprochenen Gegnern, für die Vertretung im Parlament zu sorgen. Das ist nicht bloß im gewöhnlichen Sinne unverzeihlich, das sollte von Gesetzes wegen der empfindlichsten Sühne unterliegen. Fast möchte man verjücht sein, auf diese Menschen das Wort der Schrift anzuwenden: O daß du kalt oder warm wärest! Weil du aber laubst, muß ich dich auspeien aus meinem Munde. Leider finden sich die Drückeberger überall, nicht

nur in Koburg. Bei Gelegenheit unserer letzten Landtagswahlen besaßen sie sogar die überwiegende Mehrheit. Allerdings konnte man da manches Wort der Entschuldigung für sie haben, zu recht fertigen waren sie indes immerhin nicht. Es gehört zwar unter gewissen Umständen Mannesmut dazu, seine Stimme offen abzugeben, aber Mannesmut sollte doch nicht gerade eine Seltenheit sein. Ist es denn wirklich etwas so sehr Schlimmes, seine ehrliche Meinung vor der Welt zu bekennen, selbst wenn sie dem einen oder dem andern vornehmen Bürger nicht gefällt? Früher sprach man von Bürgerlos vor Königsthronen, jetzt scheint man nicht einmal mehr viel von mäßiger Selbstachtung zu wissen. Ehe das sich nicht wieder ändert, werden sich auch die Vorgänge von Koburg noch oftmals erneuern. So viel aber ist sicher, eine schädlichere Praxis als die der Firma Mitläufer und Drückeberger läßt sich nicht denken.



finanzreform so überläßt, daß ein Innehalten der Termine unmöglich gewesen wäre. Demgegenüber ist zu bemerken, daß die Festsetzung dieser Abgabe durch Erlaß des Finanzministeriums den Erbschaftssteuerämtern übertragen ist, welche durch die Finanzreform keineswegs überlastet sein dürften. Auf jeden Fall hätte aber Vorbehalte getroffen werden müssen, daß eine Schädigung der Reichskasse wie der Pflichten unterbliebe.

Mit dieser Klage hat der Gewährsmann der „Kreuzzeitung“ gewiß vollständig Recht, und es wird zu unterlassen sein, weshalb die Regierung in diesen wie in anderen Fällen unter Außerachtlassung der gesetzlichen Bestimmungen so sehr nachhinkt. Die Verjüngung der oberen, für die Ausführung der Gesetzverantwortlichen Beamten, nur ja nicht ihren Sommerurlaub zu verlieren, kann doch wohl nicht als hinreichender Grund anerkannt werden.

Im übrigen aber ist es vollständig unrichtig, wenn der Einsender in der „Kreuzztg.“ behauptet, der Fideikommissstempel treffe die Fideikommissbesitzer „viel härter, als es heute ist. Erst vor wenigen Tagen ist in der Korrespondenz des Bauernbundes einwandfrei nachgewiesen worden, daß die Fideikommissbesitzer bei dem neuen Stempel ein ganz famoses Geschäft gegenüber der Erbschaftsteuer

machen. Es war da nachgewiesen worden, daß ein Fideikommiss im Reinwerte von einer Million bei der Erbschaftsteuer jährlich etwa 1666 Mk. zu entrichten gehabt hätte. Nach dem neuen Reichsstempelgesetz aber brauchen die Fideikommissäre nur alle 30 Jahre eine Abgabe von 1/2 Proz. des Wertes zu entrichten. Das macht bei dem eben erwähnten Beispiel eine Jahresrate von 110 Mk. aus. Auf Seiten der Erbschaftsteuer also alle 30 Jahre 50 000 Mk. oder alle Jahre 1666 Mark — auf Seiten des Fideikommissstempels alle 30 Jahre 3333 Mk. oder alle Jahre 110 Mk. Da gehört schon ein großer Grad von Unkenntnis oder — aber wir möchten keinen unparlamentarischen Ausdruck gebrauchen — dazu, um die Behauptung aufzustellen, daß der Fideikommissstempel eine „viel härtere“ Steuer sei als die Erbschaftsteuer.

Auf dem Fortbildungsschul-Lage in Danzig.

Der vor kurzem stattand, ist von Seiten des Oberregierungsrates Dr. v. Seefeld namens des neuen Handelsministers Sydow eine Vegetationsanalyse gehalten worden, die vielleicht doch etwas mehr Interesse verdient, als ihr bisher von der Presse zuteil geworden ist.

Herr v. Seefeld führte aus, Herr Sydow, sein Chef, habe ihn ermächtigt auszusprechen, daß er durchdrungen sei von der hohen Bedeutung der Fortbildungsschule für unser Volksleben und daß er entschlossen sei, in der Förderung der Fortbildungsschulwesens den Rahmen seines Amtsvorgängers zu folgen. Der Redner fuhr dann fort:

Bisher hat die Staatsregierung an dem Ausbau der Fortbildungsschule in harrnützlichem Einvernehmen mit allen beteiligten Kreisen gearbeitet. Neuerdings hat es den Anschein gewonnen, als ob dieses gute Einvernehmen gestört werden könnte. Es sind in den letzten Monaten Broschüren erschienen, die, ich möchte sagen, von einer erbitterten Feindschaft gegen die Pflichtfortbildungsschule zeugen. Es sind im wesentlichen zwei Gedanken, um die sich die Erörterungen der vier Broschüren drehen. Es ist einmal der Gedanke, daß die Pflichtfortbildungsschule als schädlich für Industrie und Handel beiseite gelassen und durch eine Handwerker-Vorschule ersetzt werden müßte. Zum zweiten ist es der Gedanke, daß die Staatsbehörden es darauf abgesehen hätten, aus der Fortbildungsschule die Praktiker zu verdrängen und die Fortbildungsschule den Volksschullehrern anzuliefern. Die Staatsregierung ist bei der Verwaltung des Fortbildungsschulwesens immer befreit gewesen, berechnete Wünsche und Forderungen von Industrie, Handwerk und Handel zu erfüllen. Hier aber ist sie nicht in der Lage, den ausgesprochenen Wünschen zu folgen. Es handelt sich aber — von allem anderen abgesehen — auch gar nicht um Wünsche, hinter denen die Gesamtheit oder auch nur die Mehrheit von Handel und Handwerk steht, sondern um eine kleine Zahl Mißvergnügtester. Was die Fortbildungsschule heute ist, ist sie, wie wir alle wissen, geworden durch das vertrauensvolle Zusammenarbeiten des Staates, der Kaufmannschaft und der geordneten Vertretungen für Handel und Gewerbe. Was die Kommunen für die Fortbildungsschulen geleistet haben, das liegt vor aller Augen. Ohne das opferwillige Eintreten der Handelskammern wäre das kaufmännische Fortbildungsschulwesen nicht das, was es heute ist. Aber auch die Vertretungen des Handwerks sind mit einzelnen Ausnahmen, die mir natürlich wohl bekannt sind, der Fortbildungsschule freundlich gesinnt. Vor allem aber sind die Handwerkskammern ohne Ausnahme für die Sache der Fortbildungsschule eingetreten. Die Hoffnung kann ich den Verfassern der Broschüren deshalb nicht machen, daß die Staatsregierung ihnen folgen wird. Die Staatsregierung denkt nicht daran und kann nicht daran denken, das gemeinsame mit den Gemeindevorwaltungen und den berufenen Vertretungen des Handels, des Handwerks und der Industrie auf-